

wir auch in der Umsetzung. Sie wissen auch aus der Beratung hier im Hohen Haus, dass wir uns derzeit in einer hohen Frequenz immer wieder mit der Frage befassen. Ich freue mich darauf, wenn das ernsthafte Demokraten tun, denn dann ist es tatsächlich zum Besten unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks und unseres Gemeinwesens und nicht für irgendwelche parteipolitischen Geländegewinne. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister. – Auch Ihrer Aufmerksamkeit wird nicht entgangen sein, dass eine Kurzintervention des Abgeordneten Tritschler angemeldet wurde. Es stehen Ihnen frei, die hier oder von Ihrem Platz zu erwidern.

Herr Tritschler, bitte schön.

**Sven Werner Tritschler<sup>\*)</sup>** (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, Sie haben darauf verwiesen, dass Ihre häufige Abwesenheit im Rundfunkrat des ZDF dadurch bedingt sei, dass Sie andere Verpflichtungen hätten.

Ich habe es mal nachgeschaut. 2023 waren Sie bei 50 % der Sitzungen abwesend, 2021 bei 75 % der Sitzungen.

Ist es denn zwingend, dass ein Minister da sitzt? Könnte vielleicht jemand anderes das Land NRW vertreten – vielleicht jemand mit einem weniger strapazierten Terminkalender?

Zweitens haben Sie darauf verwiesen, dass Sie das Geld im Gegensatz zu meinen Parteifreunden nicht so nötig hätten. Ist es nicht so, dass Sie auch ein Fixum bekommen – unabhängig davon, ob Sie hingehen oder nicht? – Vielen Dank.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Minister, bitte schön. Eine Minute der Erwidernung.

**Nathanael Liminski<sup>\*)</sup>**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Tritschler, weil Sie durch Ihre Prozentzahlen zu suggerieren versuchen, es gehe um wahnsinnig viele Sitzungen im Jahresverlauf: Es geht um genau vier Sitzungen. Das heißt: 50 % macht zwei Termine aus.

(Zuruf von der AfD: Das ist ja noch schlimmer!)

Sie können ja öffentlich einsehbar im Bundesrat und in dem Kalender der Ministerpräsidentenkonferenz nachschauen, wann das der Fall war.

Im Übrigen habe ich nicht den Eindruck, dass man sich im ZDF-Fernsehrat über zu wenig Initiative aus

Nordrhein-Westfalen beschwert – eher vielleicht im Gegenteil.

Dass Sie sich wünschen, dass andere Leute die Medienpolitik machen, wundert mich nicht. Es ehrt mich. Insofern habe ich damit gar kein Problem.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister Liminski. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit befinden wir uns am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8881. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8881 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

## 9 NRW braucht einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/8894

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Bakum das Wort.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Endlich der wichtigste Antrag dieses Plenums! Darauf warte ich schon seit Wochen!)

**Rodion Bakum<sup>\*)</sup>** (SPD): Wie sich die AfD über diese Debatte freut. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, ich darf gleich noch den Minister begrüßen. Beim Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ hat er ein bisschen Nachholbedarf.

Unser Planet hat Fieber, und wir liegen gemeinsam auf der Intensivstation.

(Zuruf von der AfD: Bei manchen merkt man das!)

Auf der Intensivstation arbeiten während einer Hitzeperiode viele engagierte Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger, Spezialtherapeutinnen und -therapeuten sowie Menschen, die für die Hygiene sorgen. Was hat die Mehrheit von ihnen mit ihren Patientinnen und Patienten gemeinsam? Sie sind Frauen.

Frauen und Menschen mit einem erhöhten Östrogenspiegel schwitzen weniger und produzieren weniger Talg, weil die Schweiß- und Talgdrüsen kleiner bzw. weniger dicht sind.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Dafür frieren sie mehr!)

Das Blut von Frauen und Menschen mit erhöhtem Östrogenspiegel gerinnt schneller als bei Menschen mit Testosteronüberschuss. Frauen werden durchschnittlich älter und stellen damit die Mehrheit der Menschen in besonders gesundheitsgefährdeten Gruppen. Frauen verdienen durchschnittlich weniger und können sich weniger Hitzeschutz in ihrem Wohnraum leisten, wenn sie alleinstehend sind. Je heißer es wird, desto gefährlicher wird es für die weibliche Bevölkerung unseres Landes.

Wer jetzt denkt: „Mensch, was habe ich für ein Glück gehabt, ein Mann zu sein“, liegt falsch. Wenn Katastrophen passieren – Hochwasser, Erdbeben, Stürme –, dann sind es mehrheitlich Männer, die sich in Gefahr begeben und daher häufiger Opfer von Naturkatastrophen werden.

Das Problem von uns Männern ist: Wir surfen mehr im Internet als Frauen, auch zu Themen rund um die Klimakrise, aber wir verstehen das nicht so gut wie Frauen. Diese verstehen nämlich häufiger, wie groß die Gefahr ist, und handeln danach. Sie schützen sich besser – alles belegt durch wissenschaftliche Studien.

Was machen wir jetzt mit dem Wissen? Unser Vorschlag: Wir müssen Klima- und Gesundheitspolitik so gestalten, dass sie allen Geschlechtern gerecht wird. Die eine gute Politik für alle gibt es nicht. Wir müssen nicht das Klima retten, sondern uns selbst. Dafür müssen wir Strategien entwickeln, die neben den Geschlechtern auch die soziale und wirtschaftliche Lage der Menschen berücksichtigen. Ungleiches ungleich zu behandeln, gilt insbesondere in der Klima- und Gesundheitspolitik.

Wir nennen das einen „Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit“. Ich gebe zu: Wir haben es gar nicht erfunden. Wir haben eine gute Idee aufgegriffen und wollen, dass diese in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Die Idee zu einem Aktionsplan mit vielen damit einhergehenden Vorschlägen stammt aus einer Forschungsarbeit des Umweltbundesamtes, ausgeführt von dem Wuppertal Institut, dem Institut für sozial-ökologische Forschung und GenderCC – Women for Climate Justice e. V.

Die Bundesstiftung Gleichstellung erarbeitet gerade den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit einem Schwerpunkt auf ökologischer Transformation.

Insofern bin ich optimistisch, selbst wenn wir gleich wieder Redebeiträge hören werden, die womöglich Zweifel an der Klimakrise und dem gezielten Blick auf die Geschlechter äußern; denn es gibt kluge Menschen, die

forschen und Ideen entwickeln. Das ist kluge Wissenschaft.

Wir werden auch hören, was die Landesregierung bereits alles tut – nach dem Motto, der Antrag wäre womöglich gar nicht nötig gewesen. Auch diesbezüglich bleibe ich entspannt; denn ich weiß, dass es kluge Regierungen gibt, die an solchen Aktionsplänen arbeiten.

Daher empfehle ich der NRW-Landesregierung, ebenfalls klug zu sein. „KLUG“ steht in diesem Fall ganz zufällig für die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit. Dieser Verein berät die Landesregierung seit Längerem. Ich hoffe, er dringt endlich bei Ihnen durch; denn das wäre klug.

(Beifall von der SPD)

Ich habe diese Woche einen schönen Satz gelesen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Das reale Leben ist nicht geschlechtsneutral.“

Dieser Satz stammt aus einer Veröffentlichung des Landeszentrums Gesundheit Nordrhein-Westfalen zu genderspezifischen Aspekten zum Thema „Bewegung und Gesundheit“, das logischerweise eng mit Klima zusammenhängt.

Weiter heißt es:

„Auch die Erfordernisse in Prävention, Gesundheitsförderung und Therapie sind geschlechts- und gendertypisch verschieden.“

Als Beispiele werden dargestellt, dass Männer mehr Alkohol trinken, mehr rauchen und im Alter weniger Sport treiben als Frauen.

Offen gestanden, wünschte ich mir, Minister Laumann, dass Sie die Handlungsempfehlungen Ihrer eigenen Behörde ernst nehmen und hier gleich sagen, dass wir zwar schon einiges tun, aber uns für eine geschlechtergerechte Klimagesundheit politisch noch mehr bewegen müssen.

Wir freuen uns jedenfalls auf eine konstruktive Debatte in den Ausschüssen. – Bleiben Sie gesund.

(Beifall von der SPD – Heiterkeit von Thorsten Klute [SPD])

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Bakum. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt die Kollegin Troles.

**Heike Troles<sup>\*)</sup> (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Zukunftscoalition von CDU und Grünen ist die Sicherung der Gesundheit der Menschen im Kontext des Klimawandels ein wichtiges Anliegen.

Die CDU-geführte Vorgängerregierung hat bereits am 1. Juli des Jahres 2021 das bundesweit erste

Klimaanpassungsgesetz für Nordrhein-Westfalen beschlossen.

Das war ein Beschluss mit Weitblick, an den die Zukunftskoalition von CDU und Grünen anknüpft und auf dem sie aufbaut. Denn klar ist: Mit dem Fortschreiten des Klimawandels drohen nicht nur große ökologische und ökonomische Schäden. Nein, der Klimawandel bedeutet nicht zuletzt eine ganz konkrete Gefahr für Leib und Leben der Menschen.

Die Ereignisse der zurückliegenden Jahre haben es deutlich gezeigt: Der Klimawandel ist Realität, und er ist längst direkt vor unserer Haustür angekommen.

Parallel zum Klimaschutz müssen wir daher mit aller Kraft die Widerstandsfähigkeit von Umwelt, Natur und Menschheit stärken. Das 2021 beschlossene Klimaanpassungsgesetz ist dabei ein wichtiger Schritt, mit dem wir den schon jetzt unabwendbaren Klimafolgen vorbeugen.

Mit dem Gesetz schreibt die Landesregierung das Ziel fest, die negativen Auswirkungen des Klimawandels so gut wie möglich zu begrenzen. Im Ergebnis sind alle Träger öffentlicher Aufgaben seither verpflichtet, Klimafolgen bei allen Planungen und Entscheidungen mitzuberücksichtigen. Gleichzeitig sind die Erstellung und Fortschreibung einer Klimaanpassungsstrategie, die Durchführung eines Klimafolgen- und Anpassungsmonitorings sowie die Einrichtung eines Beirats für Klimaanpassung gesetzlich festgeschrieben.

(Beifall von der CDU)

Wesentliche Bestandteile sind des Weiteren erstens ein umfangreiches Klimafolgen- und Anpassungsmonitoring des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, zweitens die Einrichtung eines Beirats „Klimaanpassung“ im Zuge der Erarbeitung der Klimaanpassungsstrategie und drittens die Erarbeitung eines Leitfadens für einen Klimaresilienz-Check für öffentliche Stellen. Ich könnte weitere Punkte nennen, lasse diese aber mit Blick auf den Sachzusammenhang hier außen vor.

Die Landesgesundheitskonferenz hat darüber hinaus erst im Oktober des Jahres 2022 eine gemeinsame gesundheitspolitische Erklärung mit dem Titel „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“ verfasst. Hierin sind weitere wichtige Punkte enthalten.

Auch im Zuge der Beantwortung der thematisch korrespondierenden Großen Anfrage der antragstellenden Fraktion durch die Landesregierung ist deutlich geworden, dass sich das Land der Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Auswirkungen des Klimawandels und der zu ergreifenden Maßnahmen vollumfänglich bewusst ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, anstatt eines Aktionsplans bedarf es zur Bewältigung der Jahrhun-

dertaufgabe, die der Klimawandel in der Tat darstellt, einer langfristigen Strategie – einer Strategie, die alle gesellschaftlichen Akteure einbindet und zusammenführt.

Wir sind der Überzeugung: Die Zukunftskoalition von CDU und Grünen und die durch sie getragene Landesregierung werden diesem Anspruch schon heute mit ihrer Politik der langen Linien, der Verlässlichkeit und der Verbindlichkeit gerecht.

(Beifall von der CDU – Rodion Bakum [SPD]:  
Dann sind wir verloren!)

Mit Blick auf den Fokus im vorliegenden Antrag bin ich gespannt auf das erwartete Gutachten zum Vierten Gleichstellungsbericht mit dem Thema „Gleichstellung in der ökologischen Transformation“. Dieses wird uns voraussichtlich zum Beginn des Jahres 2025 vorliegen.

Der Überweisung des Antrags an den zuständigen Fachausschuss stimmen wir zu. Und während wir in den kommenden Wochen den vorliegenden Antrag weiterberaten, setzen CDU und Grüne gleichzeitig ihre engagierte Politik für Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung konsequent fort. Denn das ist im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen, und zwar ungeachtet des Geschlechts. Es ist gut für alle. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Troles. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Bostancieri.

**İlayda Bostancieri (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen der demokratischen Fraktionen! Im vorliegenden Antrag der SPD wird unter anderem das Thema „Hitze als Krisenszenario für unterschiedliche Personengruppen“ behandelt.

Es werden die laut LZG besonders gefährdeten Personengruppen benannt: ältere Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen, Menschen, die Medikamente einnehmen, Schwangere, Säuglinge und Kinder, Menschen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen, sozial isolierte Menschen mit regelmäßigem Alkohol- und Drogenkonsum sowie Menschen, die im Freien arbeiten oder intensiv Sport treiben. Allein diese vermutlich nicht abschließende Aufzählung zeigt doch, wieso wir dieses Thema intersektional angehen müssen.

Die SPD konstruiert daraufhin aber recht wirr, muss ich sagen, Geschlechterungleichheiten in Bezug auf Klimafolgen.

(Thorsten Klute [SPD]: Was?)

– Ja. Schauen Sie sich den Antrag noch einmal an. Und verstehen Sie mich nicht falsch:

(Alexander Vogt [SPD]: Aber?)

Diese Geschlechterungleichheiten gibt es tatsächlich, aktuell vor allem an Orten, die von dauerhafter Dürre bedroht sind. Dort bricht durch die Dürre die Wirtschaft zusammen. Es folgen Hungersnöte. Es brechen Gesellschaftsstrukturen zusammen. Durch Arbeitsverlust und Zukunftssorgen kommt es auch zu mehr häuslicher Gewalt. Und Frauen sind aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position stärker armuts- und gewaltgefährdet. Doch wir befinden uns in NRW, und der Antrag soll auch auf NRW abzielen.

Teilweise wird auch mit starken Klischees gearbeitet. Es ist manchmal ein bisschen schwierig, aus dem Antrag schlau zu werden. Sie sagen: Männer sind risikobereiter; deswegen engagieren sich mehr Männer im Katastrophenschutz, und deswegen leiden alle Männer deutlich häufiger unter Klimafolgen. – Das lässt sich im Sachzusammenhang wirklich schwer erklären. Es findet sich auch teilweise in den Fußnoten nicht wieder, die Sie in dem Antrag aufgeführt haben.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, es fällt mir schwer, Sie zu unterbrechen. Deswegen mache ich es jetzt. Mittlerweile liegen zwei Wünsche auf Zwischenfragen vor, einmal von dem Kollegen Bakum von der SPD und einmal von dem Kollegen Loose von der AfD. Würden Sie sie zulassen?

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Von der SPD lasse ich sie gerne zu, von der AfD nicht. Und es ist ganz aufregend: Das ist meine erste Zwischenfrage.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Aufregung schwindet gleich.

(Heiterkeit von der SPD)

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Das ist okay.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Bakum, bitte schön.

**Rodion Bakum\*** (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Dann bin ich auch sehr freundlich. Vielen Dank, werte Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Eine halbe Bemerkung vorab: Die Aussagen stammen von der Landesregierung, nicht von uns.

Ich möchte aber von Ihnen wissen: Ist es konstruiert, dass das Robert Koch-Institut herausgefunden hat, dass hier in Deutschland Rentnerinnen und alleinstehende Frauen auf dem Wohnungsmarkt bezüglich

Wohnungen mit besserem Hitzeschutz benachteiligt sind? Ist das aus Ihrer Sicht konstruiert?

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Nein.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Bitte schön, Frau Kollegin. Jetzt dürfen Sie erwidern.

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Danke, Herr Präsident. Entschuldigung; ich habe schon erwidert. – Vielen Dank, Herr Kollege, für die Zwischenfrage. Nein, das ist natürlich nicht konstruiert. Ich möchte da auch gar nicht falsch verstanden werden. Ich glaube nur, dass teilweise die Geschlechterfolgen im spezifischen Sinne konstruiert sind.

Denn es geht um viel mehr als um Geschlecht. Wir müssen das Thema vollumfänglich betrachten. Geschlecht kann eine Rolle spielen, wenn es um den Wohnungsmarkt und um andere Themen geht. Aber es kann auch Themen geben, die Klima, Gesundheit und Klimaanpassungsmaßnahmen betreffen, bei denen das Geschlecht weniger eine Rolle spielt.

Vielleicht habe ich mich so schon richtig ausgedrückt. Aber wir werden ja auch in den Ausschüssen noch weiter darüber diskutieren.

Ich fahre in meiner Rede fort. Ein bisschen unklar bleibt in dem Antrag manchmal – daraus werde ich nicht so richtig schlau –, was mit „Geschlecht“ gemeint ist. Sie verwenden es synonym sowohl für das biologische als auch für das soziale, selbstbestimmte Geschlecht. Im Englischen unterscheiden wir ja zwischen „sex“ und „gender“. Hier ist es ein bisschen unpräzise.

Sie sagen, zu den Folgen von Klimaeinwirkungen auf Menschen mit unterschiedlicher Geschlechtsidentität in Deutschland fehlten Studien. Die Landesregierung solle – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Antrag –

„die Geschlechterperspektiven auf die Klimakrise und ihre gesundheitlichen Wechselwirkungen, Klimagesundheit, systematisch wissenschaftlich [...] untersuchen. Dabei müssen auch queere Personen und Personen mit diverser Geschlechtsidentität Beachtung finden.“

Mir fehlt – das bleibt für mich ein bisschen offen –, warum das ein NRW-spezifisches Thema ist.

(Rodion Bakum [SPD]: Die Landesregierung hat so geantwortet!)

Bei alledem sei gesagt: Ich finde die Idee löblich, und ich begrüße auch die Initiative der SPD, mehr in Richtung Klimaschutz und Klimaanpassung zu gehen.

Ich finde bei allem Lob und aller Kritik, dass der Antrag ein bisschen unausgegoren wirkt und nicht stringent begründet ist. Ich habe das Gefühl – wir haben einige der Fußnoten überprüft –, dass die im Antrag aufgestellten Behauptungen sich teilweise nicht in den Quellen, die Sie genannt haben, wiederfinden.

(Zuruf von der CDU: Oh! Oh!)

Zum Abschluss möchte ich noch einmal sagen, dass ganz selbstverständlich die gesamtgesellschaftliche sozial-ökologische Transformation auch geschlechtergerecht erfolgen muss. Das ist klar. Damit beschäftigt sich beispielsweise auch der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Dort hat man sich diesem Thema noch einmal angenommen. Ich bin mir auch sicher, dass NRW da wichtige Impulse setzen kann.

Ich bin auf die Diskussionen und Debatten im Ausschuss gespannt. Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, ich bin gespannt, ob Sie jetzt wieder aufgeregt sind, weil nun eine Kurzintervention angemeldet ist.

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Die nehme ich von meinem Platz aus entgegen.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die nehmen Sie von Ihrem Platz aus entgegen. Das sieht schon viel gelassener aus. – Die Kurzintervention ist von dem Abgeordneten Loose, der sich jetzt bitte einmal ein-drückt, angemeldet.

(Zuruf: Drücken Sie auf Pause?)

– Eindrücken können Sie sich schon. Erst wenn ich Ihnen das Wort erteile, beginnt die Zeit zu laufen. Und das mache ich jetzt.

**Christian Loose (AfD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Kollegin, Sie sprechen von Klischees, wenn die SPD im Rahmen des Antrags von Unterschieden bei Geschlechterfolgen im Zusammenhang mit dem Klimawandel spricht. Zudem bemängeln Sie, dass beim SPD-Antrag nicht ganz klar ist, was mit „Geschlecht“ gemeint sei. Nun gut.

Die grüne Heinrich-Böll-Stiftung forderte bereits vor ein paar Jahren eine geschlechtergerechte Klimapolitik. Im Jahr 2019 titelte der FOCUS:

„Grausame Realität: Frauen laut Grünen stärker von Klimakrise betroffen als Männer“

Gerade angesichts der Geschlechterdefinition möchte ich folgende Frage stellen: Ist Tessa Ganse-rer nun aus Ihrer Sicht genauso stark betroffen wie

eine biologisch geborene Frau oder doch weniger stark betroffen, da sie als biologischer Mann geboren ist und sich aktuell nur als Frau fühlt? – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, Sie haben jetzt eine Minute Zeit für die Erwiderung.

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Präsident. Die Minute werde ich sicher nicht ausschöpfen; denn ich möchte mich nicht mit transfeindlichen Ressentiments der AfD beschäftigen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Ich freue mich darauf, mich fachlich gemeinsam mit der SPD und den anderen demokratischen Fraktionen mit diesem Antrag auseinanderzusetzen.

(Christian Loose [AfD]: Sie wissen es selber nicht!)

Das werden wir dann in den Ausschüssen, in denen die AfD bekannterweise ohnehin nicht viel mitarbeiteten, machen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Danke sehr, Frau Kollegin Bostancıeri. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt die Abgeordnete Müller-Rech.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute stehen wir vor einem Antrag, der auf den ersten Blick eine noble Absicht verfolgt, nämlich einen Aktionsplan für geschlechtergerechte Klimagesundheit zu entwickeln. Doch bei genauerer Betrachtung müssen wir uns fragen: Verliert hier die SPD nicht den Fokus auf das Wesentliche?

Es ist unbestritten, dass der Klimawandel eine ernste Bedrohung darstellt und Maßnahmen erfordert, die schnell und effektiv umgesetzt werden können.

Der vorgelegte Antrag verschleiert jedoch mit seiner geschlechtsspezifischen Herangehensweise die eigentlichen Prioritäten. Wir dürfen nicht zulassen, dass wichtige Ressourcen in Projekte fließen, deren Nutzen für das gemeinsame Gesamtziel fraglich und deren Umsetzung zudem bürokratisch und ineffizient ist.

Es scheint fast so, als ob dieser Antrag mehr darauf abzielt, politische Punkte zu sammeln, anstatt echte Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu bieten.

Der Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik mag politisch opportun erscheinen. Doch er lenkt uns von universelleren Lösungen ab, die allen zugutekommen würden.

(Beifall von der FDP)

Die SPD scheint mit diesem Antrag eher ein politisches Manöver zu fahren als eine durchdachte Strategie zu verfolgen. Sie wissen doch selbst nicht, wohin Sie mit diesem Antrag überhaupt genau wollen, und bleiben in Ihren Forderungen auffällig vage.

Von der Notwendigkeit eines geschlechterdifferenzierten Blicks auf Hitze und Klimaschutz hat der Antrag uns Freie Demokraten jedenfalls nicht überzeugt.

Wir benötigen im Fall des Hitzeschutzes keine isolierten, überkomplizierten Aktionspläne. Was wir brauchen, sind klare, durchsetzbare und effektive Maßnahmen, die sofortige positive Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit unserer gesamten Bevölkerung haben.

Wir bevorzugen also stattdessen pragmatische, breit angelegte und tatsächlich wirksame Klima- und Hitzeschutzstrategien, die nicht durch politische Agenden unnötig belastet sind und mehr Probleme lösen, als dass sie neue Arbeit schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Rech. – Für die Fraktion der AfD spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD von früher – so möchte ich mutmaßen – hätte sich um die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem und generell vielleicht um die Lebensbedingungen in NRW gekümmert, und zwar ohne Ansehen von Geschlecht und Herkunft.

(Rodion Bakum [SPD]: Das machen wir immer noch!)

Die SPD von heute fordert einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit. In einem Satz zusammengefasst: alles, was heute mit Ihnen falsch läuft.

Das honorieren dann auch die Wähler mit extravagant schlechten Umfrageergebnissen der SPD hier in NRW. Ich glaube, das ist in diesen Tagen so schon einmal von einem Ihnen nahestehenden Umfrageinstitut festgehalten worden. Das beschrieb es als Tiefpunkt der SPD-NRW.

Nun, würde man die Menschen da draußen fragen, was denn ihre Probleme mit dem Gesundheitssystem wären, so würden sie sicherlich sagen, dass sie

vielleicht keinen Termin beim Facharzt bekommen, dass Sie keinen Hausarzt mehr finden, dass es schwierig ist, einen Therapeuten irgendwo im Ruhrgebiet zu finden, dass sie keinen Pflegeplatz, insbesondere keinen bezahlbaren, für die Angehörigen finden oder dass die Sozialabgaben sie immer weiter erdrücken und in den kommenden Jahren, wie angekündigt, auch vom Bundesgesundheitsminister – SPD –, noch weiter wachsen werden, dass die Abgaben für Pflegeversicherung und Krankenversicherung ins Exorbitante schießen – und zuletzt die vielen, vielen Hunderttausend Beschäftigten im deutschen Gesundheitssystem, dass die Arbeitsbedingungen fast schier unerträglich sind.

Was Sie bei den Befragungen der Menschen nicht feststellen werden – und ich habe es bei zwei Bürgerdialogen versucht –, ist, dass man dort eine fehlende Geschlechtergerechtigkeit in der Klimagesundheit in NRW bemängelt. Die allermeisten Menschen, die ich angesprochen habe – und es war ein buntes Sammelsurium; selbst Kritiker waren anwesend –,

(Rodion Bakum [SPD]: Sie haben mit Kritikern gesprochen?)

wussten gar nicht, worum es da eigentlich geht.

Das ist sicherlich einer der zentralen Punkte, um die es geht, wenn Sie im Austausch mit Ihren eigenen Wählern sind, den Menschen Nordrhein-Westfalens, vielleicht auch aus den Arbeitergegenden: dass Sie eine rein akademische, theoretische Debatte führen, bei der Sie Menschen nach unterschiedlichen Opfer- und Herkunftsgruppen stratifizieren, dass Sie ihnen unterschiedliche Anfälligkeiten anhand von wirklich sehr, sehr schwachen Studienlagen unterstellen.

Das ist etwas, mit dem Sie sich nicht nur von der unglaublichen Vielfalt an Gestalt der Patienten und Menschen in diesem Land entfernen und sie in Gruppen teilen, denen Sie nie gerecht werden können; denn auch ein Mann ist vielleicht unterschiedlich von dem anderen, und eine Frau ist vielleicht anders hitzeempfindlich als die nächste. So kommen Sie überhaupt nicht dazu, dass Sie den Menschen in ihrer Vielfalt, dass sie den Patienten, dass Sie den Bewohnern von Nordrhein-Westfalen mit einem solchen Aktionsplan jemals gerecht werden können.

Natürlich ist auch Geschlechtermedizin ein wichtiges Thema. Als Arzt wissen Sie – ich weiß das genauso –, dass Männlein und Weiblein unter Umständen zum Beispiel aufgrund von unterschiedlichen Enzymkonstellationen auf Medikamente anders reagieren. Die Medizin nimmt sich dem seit Langem an.

Jetzt rufen Sie in einer Situation, in der die Haushalten denkbar klamm sind, in der wir in einer Pflegekrise stecken und in der wir kaum lebenswichtige Medikamente bekommen, die Landesregierung zu einem Aktionsplan – noch einmal: für die geschlech-

tergerechte Klimagesundheit – auf. Wir könnten uns an der Stelle um so viele lebenswichtige Themen im Gesundheitssystem kümmern, die uns wirklich betreffen und die im Notfall lebenswichtig wären, aber um die sich an dieser Stelle schon kaum mehr gekümmert wird. Wenn Sie einen Intensivplatz für ein schwerkrankes Kind haben möchten, dann haben Sie es unter Umständen extrem schwer, zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten und verschiedenen Jahreszeiten in NRW überhaupt noch einen Platz zu bekommen. Da steht aktuell schon Leben auf dem Spiel.

Und dann kommen Sie damit, dass Menschen auf der Intensivstation in den zu warmen Kitteln leiden. Ja, das ist auch ein Thema. Das ist etwas, was man sicherlich in kleinsten Runden im Mikromanagement klären kann. Aber die großen Themen, mit denen wir uns hier im Land Nordrhein-Westfalen beschäftigen, sind doch gänzlich andere.

Insofern verlieren Sie an dieser Stelle überhaupt den Kontakt zu den Menschen, zu der Realität, zu den wichtigen Themen im Land Nordrhein-Westfalen. Aber das ist, glaube ich, bezeichnend für den aktuellen Zustand der SPD. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass von den Auswirkungen des Klimawandels Männer und Frauen unterschiedlich betroffen sind, ist sicherlich eine Binsenweisheit. Aber es ist ja so, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass wir gesundheitliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht nur in diesem Bereich haben und dass das nicht nur ein Thema in der Klimapolitik ist, sondern es ist seit Jahren fester Bestandteil der politischen Arbeit in diesem Land.

Auch die Tatsache, auf die Sie hinweisen, dass Frauen älter werden als Männer, dass ältere Menschen eher unter der Hitze leiden und dass wir unter den Älteren leider auch mehr Hitzetote haben als in der gesamten Bevölkerung, weil mehr Frauen über 75 Jahre alt werden als Männer, ist eine Binsenweisheit und eigentlich nichts Neues.

Ebenfalls nicht neu ist, dass Geschlechterunterschiede bei zahlreichen Faktoren festgestellt werden, die Gesundheit und Krankheit beeinflussen. Neben biologischen Ursachen sind natürlich auch Unterschiede im Verhalten – das haben Sie in Ihrer Rede auch dargestellt – sowie in den Lebens- und

Arbeitsumständen für unterschiedliche Auswirkungen auf die Gesundheit verantwortlich.

Genauso wenig ist es etwas Neues, dass Einkommen, Lebensstil und die Inanspruchnahme von Präventions- und Vorsorgeangeboten ebenfalls eine Rolle spielen und es dort auch unterschiedliches Verhalten der beiden Geschlechter gibt.

Unser Ziel muss es daher sein, grundsätzliche Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts zu reduzieren und durch die Berücksichtigung der Angebote von Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung zu verbessern. Dieses gilt nicht nur für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Klimaanpassung.

Weil das so ist, haben wir im MAGS eine Projektgruppe eingesetzt, die sich genau mit diesem Thema beschäftigt, nämlich mit der Geschlechterperspektive im Gesundheitswesen – dort arbeiten jetzt vier Personen –, um auch in diesen Themen neue Akzente zu setzen. Eines davon betrifft natürlich die Gesundheit und die Klimaanpassung.

Die SPD fordert in ihrem Antrag einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit. Aber bei den Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit ist das Geschlecht nur einer von mehreren bestimmenden Faktoren. Ich halte es an dieser Stelle für bedenklich, diesen Risikofaktor gegen andere auszuspielen.

Der Anspruch der Landesregierung ist es, bei den Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit vor den Auswirkungen des Klimawandels besonders gefährdete Gruppen zu identifizieren und diese bei Maßnahmen vornehmlich zu adressieren. Statt die begrenzten Ressourcen dafür einzusetzen, einen weiteren Plan aufzustellen, kommt es doch darauf an, dass wir gerade für die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen stärker ins Tun kommen.

Auf Landesebene existieren bereits vielfältige Aktivitäten zum Schutz vor den und zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, die wir auch in der Antwort auf die Große Anfrage 12 Ihrer Fraktion ausführlich dargelegt haben.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels wird in Deutschland die Anpassung an zunehmende Hitze bestimmend sein.

Es werden auch viele Personengruppen genannt – dazu zählen ältere Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, Schwangere, Säuglinge und Kinder –, die besonders unter der Hitze leiden.

Eine Adressierung von besonders durch Hitze gefährdeten Gruppen erfolgt beispielsweise auch durch die Arbeitshilfen zum Hitzeschutz. Besonders durch Hitze gefährdete Gruppen älterer und erkrankter Menschen halten sich häufiger in Pflgeeinrich-

tungen und Krankenhäusern auf. Diese Einrichtungen bedürfen daher aus unserer Sicht eines gut durchdachten Hitzeschutzes. Daher wurden vorrangig für diese Einrichtungen Arbeitshilfen zum Hitzeschutz entwickelt und zur Verfügung gestellt. Durch diese Arbeitshilfen finden dann auch andere gefährdete Gruppen wie beispielsweise Schwangere und Säuglinge im Krankenhaus Beachtung.

Zum Schluss noch ein Wort zu dem angesprochenen Gutachten des Bundes zum Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Soweit ich informiert bin, können wir davon ausgehen, dass dieser Bericht im nächsten Jahr vorgelegt wird. Natürlich wird das MAGS diesen Bericht auswerten und daraus auch Empfehlungen für unser politisches Handeln ableiten. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8894 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Ich rufe auf:

### **10 Cannabisgesetz in Nordrhein-Westfalen ohne Verzögerung umsetzen – Bedingungen für Anbauvereinigungen rechtzeitig vor dem 1. Juli klarstellen!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8885

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Schneider das Wort.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Wann Bubatzt legal?“ – Diese Frage mit der bekanntermaßen grammatikalischen Unwucht hat sich inzwischen erledigt; nachdem der Bundesrat den Vermittlungsausschuss nicht angerufen hat, konnte die Teillegalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis zum 1. April 2024 in Kraft treten.

Mit dem Cannabisgesetz wird die individuelle Freiheit jedes einzelnen gestärkt und eine echte Wende in der Drogenpolitik eingeleitet. Der Zugang zu Medizinalcannabis wird dadurch ebenfalls erleichtert.

Nur die NRW-Landesregierung und ihre Regierungskoalition scheinen immer noch nicht zu wissen, wie sie sich dieser neuen Realität stellen sollen. Der grüne Justizminister wollte im Bundesrat noch auf die Bremse treten, hat aber offensichtlich das Pedal nicht gefunden. Grüne Abgeordnetenkollegen hier haben die Teillegalisierung in lustigen Instagram Reels und mit viel Brokkoli gefeiert. Die grüne NRW-Wirtschaftsministerin warf dem bayerischen Ministerpräsidenten Populismus vor, als dieser ein Verbot von Cannabiskonsum auf Volksfesten ankündigte.

Unterdessen wird ein solches Verbot aber im Haus des CDU-Gesundheitsministers geprüft. Ein paar Häuser weiter wird gegrübelt, wie man die scharfen Ansagen des CDU-Innenministers umsetzen soll. Einigkeit klingt anders.

Wenn die Landesregierung nicht weiß, was sie jetzt eigentlich machen soll, helfen wir als FDP-Landtagsfraktion gerne aus und geben Ihnen mit unserem Antrag eine To-do-Liste an die Hand.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie diese To-do-Liste abarbeiten, sind Sie auf dem richtigen Weg. Nebendebatten, die nur von der Arbeit ablenken, kann man sich dann auch getrost sparen.

Was ist zu tun? Das Cannabisgesetz ist überwiegend bundesunmittelbar wirkendes Recht. Dennoch müssen die Länder wichtige Entscheidungen treffen.

Die Landesregierungen müssen zeitnah durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden für die Erlaubnis und für die Überwachung von Anbauvereinigungen bestimmen. Das muss rechtzeitig vor dem Inkrafttreten der Regelungen zur Weitergabe von Cannabis in Anbauvereinigen am 1. Juli 2024 erfolgen.

Die ausgewählten Behörden müssen dann personell so ausgestattet sein, dass die Erlaubnisverfahren für Anbauvereinigungen zeitnah durchgeführt werden können und eine regelmäßige Überwachung gewährleistet ist. Diese Entscheidung darf also nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Zudem sind die Landesregierungen ermächtigt, die Zahl der Anbauvereinigungen, die in einem Kreis oder in einer kreisfreien Stadt eine Erlaubnis erhalten dürfen, durch Rechtsverordnung auf eine Anbauvereinigung je 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner zu begrenzen. Dabei sollen sie insbesondere die bevölkerungsbezogene Dichte je Anbauvereinigung sowie Aspekte des Gesundheits-, Kinder- und Jugendschutzes berücksichtigen.